

Gewinn-Verzicht

Mit einer Milliarde Mark verbuchte die Deutsche Bundesbank 1975 einen Rekordgewinn. Grund: Die Neubewertung der Dollar-Reserven zum 31. Dezember, die praktisch einer Abwertung der Mark gleichkam. Dieser Gewinn steht freilich nur auf dem Papier. Er würde erst realisiert, wenn die Bundesbank, wie gesetzlich vorgeschrieben, den Überschuß an die Bonner Bundeskasse abführt. Das aber liefe auf eine unerwünschte Ausweitung des Geldvolumens hinaus. Finanzminister Hans Apel will deshalb auf die 400 Millionen Mark, die ihm die Notenbank nach Abzug von

Rücklagen transferieren müßte, verzichten und dafür Schuldverschreibungen des Bundes zurückkaufen. Für mehrere Milliarden Mark hatte die Bundesbank 1975 solche Papiere aufgekauft, um den Rentenmarkt vor weiterem Zinsanstieg zu bewahren.

Bonner Bußgeld

150 Mark soll die Bonner Volksvertreter nach dem Willen von Bundestagspräsidentin Annemarie Renger künftig das Schwänzen von Plenarsitzungen an Freitagen kosten. Das Signal für diesen Buß-Plan hatte SPD-Fraktionschef Her-

bert Wehner gegeben: Am Freitag vorletzter Woche um 13.17 Uhr ließ er die Beschlußunfähigkeit des Parlaments feststellen, als nur noch höchstens 20 der insgesamt 518 Abgeordneten im Plenarsaal saßen, obwohl noch mehrere Gesetze zur Verabschiedung anstanden. Nach altem Brauch hatte sich die Mehrzahl der Parlamentarier morgens um 9 Uhr in die Anwesenheitsliste eingetragen und war dann in die heimatlichen Wahlbezirke abgereist. Frau Renger will daher jetzt dem Ältestenrat vorschlagen, die Anwesenheitsliste erst nach Abschluß der Plenarsitzung auszulegen. Bei unentschuldigtem Fehlen

„Die CDU hat den Fehler eingesehen“

In einem Interview mit dem Düsseldorf-Magazin „Wirtschaftswoche“ (WiWo) äußerte sich CSU-Chef Franz Josef Strauß über Krisenbewußtsein und Wahlstrategie. Auszug:

WIWO: Herr Strauß, eine Million Arbeitslose lassen sich nicht verschweigen, auch nicht die Inflation. Warum reagieren die Bundesbürger dennoch so gelassen?

STRAUSS: Man hat in einer Zeit, als es keine echte Krise gab, ein Krisenbewußtsein gezüchtet. Als die Krise kam, wurde alles getan, ein Krisenbewußtsein zu verhindern. Der wirkliche Hintergrund meiner Rede in Sonthofen, für die ich mich weder entschuldige noch von der ich etwas zurücknehme, war der, daß ich der Meinung bin: Das Krisenbewußtsein ist nicht so weit fortgeschritten wie die Krise selbst. Außerdem ist natürlich das Schicksal der Arbeitslosen von heute mit dem von 1931 nicht vergleichbar.

WIWO: Im Wahlkampf 1972 hatte die Union die Angst vor Inflation zu nutzen versucht, ohne Erfolg. Offenbar sind die Wähler in Wahljahren eher optimistisch gestimmt, wie es die Meinungsforscher sagen. Werden Sie also mit Inflations- und Krisenparolen auch in diesem Wahlkampf nicht gewinnen?

STRAUSS: Welcher Patient sieht einen Arzt gern, der ihm sagt: Du fühlst dich wohl, du schaust gut aus, aber ich muß dir sagen, tatsächlich bist du schon ernsthaft krank, die Diät muß sogleich beginnen. Und dann kommt ein anderer Arzt, ein Modedoktor, und der sagt: Kannst

ruhig auch zum Frühstück ordentlich essen, auf Spiegeleier mußt du nicht verzichten, auch eine Morgenzigarette und ein Schnäpsschen schaden nicht. In dieser Situation waren wir im Jahr 1972. Die Leute haben uns einfach nicht geglaubt.

WIWO: Dann haben Sie also einen falschen Wahlkampf geführt?

STRAUSS: Ich habe schon damals vor einem Wahlkampf allein für Stabilität und gegen Inflation gewarnt. Ich wollte den Wahlkampf im Grundsätzlichen führen. Aber ich bin damit nicht durchgekommen. Wir haben deshalb den Wahlkampf in Bayern anders geführt. Ich habe gesagt: Dieser Brandt führt Deutschland in den Sozialismus. Dieser Willy Brandt, mag er noch so bejubelt sein mit seinem Nobelpreis, all das spielt keine Rolle. Dieser Brandt führt Deutschland in die Neutralität. Er verändert die politische Landschaft Europas. Doch in der CDU herrschte damals die Meinung vor: An den Brandt geht man am besten überhaupt nicht mehr heran. Er ist sozusagen schon zur Ehre der irdischen Altäre erhoben worden.

WIWO: Und wie wollen Sie diesmal gewinnen?

STRAUSS: Jetzt hat auch die CDU den Fehler eingesehen. Zwar wird jetzt das Thema Arbeitslosigkeit, Wachstum, Stabilität des Geldwertes eine große Rolle spielen. Aber es wird nicht allein Thema des Wahlkampfes. Wir müssen mindestens drei Themen groß herausstellen: Soll Deutschland und damit ganz Europa sozialistisch werden?



Esprit

„Was heißt hier Gruben graben? Das sind deine Startlöcher für die Wahl!“

Also der Marsch in den Sozialismus mit der FDP als Hilfsorgan der SPD. Die Warnungen Kissingers, Europa werde in zehn Jahren marxistisch sein, soll man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Stichworte: Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Italien, Spanien, Portugal, Frankreich, Großbritannien. Die Verschiebung der politischen Landschaft in Europa in den letzten Jahren ist durch die Bonner Regierung herbeigeführt und begünstigt worden. Als nächstes Thema dann die Frage unserer Außenpolitik, die sich ja daraus zwangsläufig ergibt, und daran anschließend die Frage unserer Gesellschaftspolitik samt Wirtschafts- und Finanzpolitik.